

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 9

Artikel: Der Kommentar
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095298>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Was der Ausdruck «überfüllte Studentenheime» konkret bedeutet, veranschaulichen vielleicht diese Bilder, die allerdings aus dem Jahre 1965 stammen. Sie zeigen im damaligen Zustand das Studentenheim der Budapester Technischen Hochschule, in einer ehemaligen Kaserne eingerichtet. Oben ein Gang, links ein Zimmer für 26 Studenten. Keine Waschbecken, kein garantierter Tischanteil. Nun, das war schon damals ein abschreckendes Beispiel (aber keine Ausnahme, wie die Reportage von «Tükör», Budapest, vermerkte), und es hat wahrscheinlich gebessert. Aber von einem Vorbild kann keine Rede sein.

Hier wies der Minister persönlich darauf hin, wie wir die demokratischen Rechte auslegen sollen. Ein Vertreter der Technischen Universität Budapest hatte nämlich von einer Meinungsumfrage unter Studenten über das Niveau des Unterrichts berichtet. Wir brauchen kaum zu sagen, dass diese Untersuchung bei den Professoren kein gutes Echo gefunden hat. Aber der Minister betrachtete diese Meinungsumfrage nicht als «Häresie». Denn die Studenten sind erwachsene Menschen. Sie haben als Staatsbürger und als Erwachsene das Recht auf Kritik. Warum sollten ihnen gerade ihre Professoren tabu sein?

Nun muss aber damit gerechnet werden, so führte der Minister aus, dass auch die besten Repräsentanten einer Wissenschaft oder eines Berufes von einer solchen Kritik getroffen werden könnten. Man muss also ihre Empfindlichkeit in Betracht ziehen.

Wenn die Studenten gegen die Arbeit eines Dozenten etwas einzuwenden haben, dann ist das kein Thema für Generalversammlungen oder

Studentenzeitungen, so wenig es vor die breite Öffentlichkeit gehört. Man muss das geeignete innere Forum der Universität suchen, beispielsweise die Sitzung des Fakultätsrates, auf dem sich Meinungen von Studenten unterbreiten lassen. Die passende Form und den passenden Ort zur Kritik herauszufinden, auch das gehört zum Denken eines *Erwachsenen*.

Wie also lässt sich die Universitäts-Demokratie erweitern?

Wegen der unterschiedlichen Verhältnisse an den Lehrstühlen kann das Ministerium nicht gut in einer Verordnung festsetzen, welche Art von Konsultationen (regelmässige Sitzungen von Fachkommissionen des Lehrstuhls, gelegentliche Konsultationen mit Studenten) zur Beiziehung von Studenten bei der Erledigung praktischer Angelegenheiten wirksam werden könnten. Solche Formen müssen daher von den einzelnen Institutionen selber gestaltet werden. Es steht mit Sicherheit fest, dass trotz der demokratischen Massnahmen der letzten Jahre zur Demokratisierung der Universitäten keine Form erreicht

werden konnte, die ein für allemal gültig wäre. Die bestehenden Formen müssen tagtäglich bereichert werden, damit die helfende Kraft der Öffentlichkeit in ihnen wirksam werden kann.

Der Kommentar

Dieser Bericht ist in der osteuropäischen Landschaft von heute ebenso bemerkenswert wie sein Gegenstand, nämlich der Empfang von Studenten beim Unterrichtsminister zwecks Diskussion über verschiedene Dinge, einschliesslich den Stand der Demokratisierung an den Hochschulen. Das wäre etwa in der Tschechoslowakei undenkbar, und eine öffentliche Erörterung der

Sache schon gar. In dieser Hinsicht hat man in Ungarn tatsächlich mehr Möglichkeiten als anderswo. Neben den Massenmedien betrifft das insbesondere das Bildungswesen, wie auch die ordentlich freie Diskussion über einen neuen und quasi entideologisierten Ethikunterricht für die Schuljugend zeigte (siehe ZB, Nr. 6/1972). Zwar hat die erneute Gleichschaltungswelle der letzten Jahre mit Betonung auf das sowjetische Modell auch vor Ungarn nicht haltgemacht, wie man denn dort vom Liberalisierungsstand der frühen sechziger Jahre grosse Abstriche machen musste, aber die Parole von der «inneren Koexistenz» und Kadars seinerzeitiges Motto «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns» haben noch Auswirkungen. Und dazu die Tendenz, selbständig eigene Wurzeln zu schlagen. Das Regime lässt sich heute offenbar vom doppelten Bestreben leiten, sowohl dieses spontane Wachstum als auch sowjetische Rodungswünsche zu berücksichtigen. Das mag letzten Endes eine Quadratur des Kreises sein, aber mittlerweile ist es ein Kompromiss.

*

Nun aber zum Inhalt der Darlegung aus «Magyar Hirnap». Er ist für westliche Leser deshalb besonders aufschlussreich, weil er zum Vergleich mit Problemen anregt, die hier aktuell sind. Ich denke hier zunächst an eigentlich ganz unpolitische Zustände, die aber hierherum unweigerlich mit dem ideologischen Raster reproduziert werden. Wenn im Westen ein Numerus clausus an Universitäten besteht oder droht, hat man das als Folge unserer Gesellschaftsordnung zu betrachten, die nur am Nachwuchs für «ihre» Wirtschaft, nicht aber am Recht auf Bildung interessiert sei. Wenn aber unsere Gesellschaftsordnung daran schuld ist, was ist dann schuld, wenn in der als grundsätzlich bessere Alternative anerkannten Gesellschaftsordnung die gleichen Missstände bestehen, und noch krasser bestehen? Als was erscheinen hier Stipendiensorgen, niedrige Verköstigungsnormen (d. h. nicht genug zu essen, was sonst?), Missstände im Bewerbungssystem, überfüllte Studentenheime und soziale Schwierigkeiten verheirateter Studenten? Als altgewohnte Banalitäten, über die man von Studenten eigentlich keine spezielle Auskunft braucht, weil sie ohnehin jeder kennt.

Hinter dem einzigen Ausdruck «Missstände im Bewerbungssystem» steht zum Beispiel eine ganze Menge. Er sagt zunächst aus, dass lange nicht jeder, der aufgrund seiner Vorbildung zum Studium ausgewiesen ist, auch tatsächlich an den Hochschulen zugelassen wird. Tatsächlich besteht der Numerus clausus in allen sozialistischen Ländern als Selbstverständlichkeit. Um nur neueste Beispiele zu nennen: Die Universität Warschau wird im neuen Schuljahr nur 1730 Studenten zum Direktstudium aufnehmen, gegenüber 2700 im letzten Jahr. Aus Platzmangel. Bei diesem Stichwort hört die Diskussion dort nämlich auf, während sie hier dabei erst anfängt. In der DDR hat man beschlossen, «in den nächsten Jahren» die Zahl der Studenten nicht weiter zu erhöhen. Weil die bestehenden Schulen ihre Kapazität erreicht haben und «in den nächsten Jahren keine wesentlichen Erweiterungen vorgesehen» sind, Punkt. In Bulgarien kommen auf 15 000 verfügbare Hochschulplätze 66 000 Bewerber; die Differenz wird abgewiesen, Punkt. Da braucht es im Westen entschieden weniger, bis es zur Feststellung eines Skandals kommt. In unsern Alternativordnungen aber ist das

kein Skandal, sondern eine Gegebenheit, die man in der Öffentlichkeit zuweilen erläutert, aber nicht anfechtet. Wenn das Recht auf Bildung wirklich ein sozialistisches Postulat sein sollte, dann kommt man nicht um die Feststellung herum, dass es (wie so viele andere) in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besser verwirklicht werden kann als in der sozialistischen.

Je kleiner die Selektion, desto wichtiger die Aufnahmebedingungen. Nebst guten Prüfungsergebnissen (die zählen, aber nur unter anderem) kommt es hier auf die politische Zuverlässigkeit an, die im erforderlichen Leumundszeugnis von Schule/Betrieb und Jugendverband bescheinigt wird. Die Gesinnungsansprüche variieren von Land zu Land. In den sowjetischen Prozessen gegen Andersdenkende sind die Angeklagten besonders häufig Leute, die man wegen zweifelhafter Gesinnung entweder präventiv oder nachträglich vom Studium ausgeschlossen hat. Eindeutig verschlimmert haben sich die politischen Kriterien in der DDR. Nach den Hochschulen hat man jetzt auch für die Fachschulen eine verschärfte Aufnahmeordnung erlassen: «Voraussetzung für die Studienbewerbung (sogar dafür!) und die Zulassung zum Fachschuldirektstudium ist: die Mitwirkung an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und die Bereitschaft zur aktiven Verteidigung des Sozialismus» (also keine Drückbergerei vor dem Militärdienst; stellt euch einmal diese Voraussetzung hier vor!). Bisher hiess es, jeder Bürger, der die entsprechenden Voraussetzungen besitze, dürfe sich zum Studium an einer Hoch- oder Fachschule bewerben. Es wird also immer preussischer. So laufen die Entspannungsbeweise dort, wo sie gesellschaftlich tatsächlich potent sind, ja.

Nun, in Ungarn ist man vielleicht nicht ganz so stramm, aber auch dort sind die Gesinnungskriterien (Zeugnis vom Jugendverband usw.) selbstverständlich. Das alles meint man also nicht, wenn man von «Missständen im Bewerbungssystem» spricht (das gilt als gute und richtige Voraussetzung), sondern das, was noch dazu kommt: Vetterliwirtschaft, die Rolle kleiner Geschenke oder auch einfach die unerforschlichen Ratschlüsse bürokratischer Mechanismen (siehe dazu den anschaulichen Beitrag von Ervin György in ZB, Nr. 19/1971). Kurz, die zusätzliche Ungleichheit der Chancen.

*

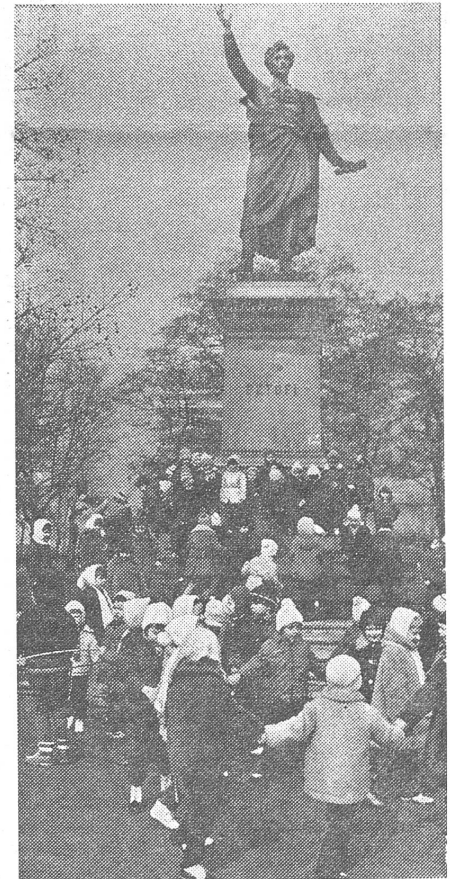
Schön. Es war vielleicht nicht so überflüssig, hier ein paar Dinge «herauszuholen», aber wir kommen jetzt erst zu dem, was Laszlo Sandor in «Magyar Hirnap» interessiert und was auch im Westen ein grosses Wort der Stunde ist: die Demokratisierung der Hochschule. Und auch das ist ein bisschen internationalistische Betrachtung zu Vergleichszwecken nicht so müssig.

*

Ganz besonders wohl gelungen scheint mir jene unscheinbare Stelle zu sein, wo ein beiläufiger Beweis für die bereits bestehende Demokratie geführt wird. Als unmissverständliches Zeichen des «Demokratismus» wird gewertet, dass sich der zuständige Minister persönlich von Studenten über studentische Belange informieren liess. Also, wenn das der Beweis ist: Der Kaiser Franz Josef hat alle möglichen Leute zu Audienzen empfangen, und es hat ihn, wie man hört, jedesmal «sehr gefreut», und die Vorgelassenen vermutlich auch. Aber ich wäre nie auf den Gedan-

ken gekommen, dass so etwas die Demokratie im kaiserlichen Oesterreich beweist. Das «unmissverständliche Zeichen» bedeutet für sich genommen lediglich Leutseligkeit, und das ist eine Blume, die auf feudalem und nicht auf demokratischem Boden gedeiht. Sicher, die Anhörung der Studenten durch den Minister war schon viel besser als keine Anhörung (offenbar die bisher übliche Norm), aber wenn man dergleichen ausdrücklich als Beleg für die Demokratie anführt, so zeigt das nur, was für Ansprüche an die Demokratie hat, und erst noch bestenfalls. Ein per se übrigens noch lange nicht ausreichender Hinweis darauf, dass man es mit einer gnädigen und nicht mit einer ungnädigen Herrschaft zu tun hat; damit gibt man sich zufrieden.

Bei der Gelegenheit: Jedesmal, wenn in den sozialistischen Ländern eine Führung abgelöst wird, bedauern die Nachfolger (die meistens schon der vorangegangenen Führung angehört hatten, nur nicht ganz zuoberst), dass man bisher den Massen die getroffenen Entscheidungen zu wenig erklärt habe, und man gelobt Besserung. So war das zum Beispiel letztes Jahr wieder in Polen. Dergleichen ist alleweil wenigstens zeitweilig ein echter Fortschritt und verdient es, begrüsst zu werden. Nur vergisst man darob bei



Das Petöfi-Denkmal in Budapest. Dort fand am 15. März 1972 ein Nichtereignis statt, nämlich eine Studentendemonstration, die erst einen Monat später als Ereignis zugegeben wurde, weil eine westliche Zeitung darüber berichtet hatte.

Warum ehemals kritische Intellektuelle immer häufiger zu Kommunisten werden

Artikel von Prof. Günter Rohrmoser in Nr. 18 der «Welt» vom 22. Januar 1972

Die Strategie der Systemüberwindung

Der lange Marsch durch die Institutionen
Von Prof. Dr. Helmut Schelsky (Bielefeld)

Im Bestreben, unsere «ZeitBild»-Leser auf wichtige Artikel aufmerksam zu machen, haben wir diese beiden ausgezeichneten Arbeiten vervielfältigt und geben sie — solange Vorrat — auf Bestellung und Einsendung eines frankierten und adressierten C 5-Umschlages gerne kostenlos ab.

Schweizerisches Ost-Institut CH-3000 Bern 6

uns zumeist völlig, was für eine Demaskierung des Systems jedesmal hinter einer solchen Versprechung liegt. Wer sie abgibt, nimmt sich vor (oder sagt es wenigstens), in Zukunft als gütiger Landesvater und nicht als Despot zu regieren. In solchen Momenten tut eine Führung nicht einmal dergleichen, als ob sie an die Diktatur des Proletariats glaube, aber der Glaube an solchen Dingen ist ja ohnehin auf den Westen beschränkt, und der lässt sich durch keinerlei Tatsachen stören.

*

Im übrigen liegt die an osteuropäischen Verhältnissen gemessen ausserordentliche Aussagekraft des Beitrages von «Magyar Hirlap» nicht in dem, was der Verfasser unfreiwillig enthüllt, sondern ausgesprochen in dem, was er willentlich und wissentlich blosslegt. Er macht deutlich, dass vielen Studenten die laufende «Demokratisierung» im wörtlichen Sinne nicht der Rede wert scheint, weil die Entscheidungen ohnehin nicht dort fallen, wo sie angehört werden.

Weniger deutlich äussert sich Laszlo Sandor zu den Vorstellungen, welche die Studenten sich von einer wirklichen Demokratisierung machen. Er weist zwar mit Betonung (alle Hervorhebungen im Text sind von «Magyar Hirlap») darauf hin, dass sie eine Mitsprache in den Unterrichtsfragen wünschen, aber er lässt es bei Andeutungen darüber bewenden, was sie offenbar konkret darunter verstanden hatten. Anscheinend

ging es in die Nähe von studentischen Zielvorstellungen im Westen, und mit Sicherheit werden jedenfalls Forderungen in diese Richtung zurückgewiesen. Zur vorsorglichen (?) Fixierung der Unterschiede wird übrigens in wohlthuender Schlichtheit klargemacht, dass es bei den «radikalsten» westlichen Forderungen darum geht, die Lehrfreiheit für «offensichtliche und prominente Vertreter der Rechten» abzuschaffen. Ist dieses Ziel aber einmal erreicht, so hört natürlich die Mitbestimmung der Studenten bei der Dozentenwahl auf; auch das ist hier im Klartext gesagt. (Wir hätten mittlerweile im Westen diese Bestätigung aus einem sozialistischen Land nicht einmal mehr nötig. Man hat etwa in Westdeutschland glücklich schon einige Universitätsabteilungen praktisch zu Parteihochschulen umfunktioniert, und wo das geschehen ist, wird eine Anfechtung des Herren mit der Vorschriftsgesinnung nicht mehr toleriert; da heisst es parieren und fertig.)

*

Aber wie immer es mit dem «gewagten und neuartigen Anspruch» auf Mitsprache an den Alltagsfragen des Unterrichts aus studentischer Sicht bestellt sein mag, der Minister gibt sich jedenfalls am Schluss persönlich die Mühe darzutun, «wie wir die demokratischen Rechte auslegen sollen». Wir erfahren zwar nicht, was die Studenten eigentlich genau wollten (das ist auch bei einer relativ liberalen Informationspolitik in sozialistischen Ländern nicht nötig), aber wir erfahren dafür etwas genauer, was sie nicht wollen sollen. Ihre Kritik weder an Generalversammlungen noch in Studentenzeitschriften anbringen, sondern zuständigen und hinter geschlossenen Türen. Ungefähr schweizerisches Militärbeschwerderecht. Abgesehen davon, dass unmittelbar zuvor gesagt worden ist, dass an den für Studenten erreichbaren «zuständigen» Stellen effektiv nichts entschieden wird. Und trotzdem wird das als Fortschritt gegenüber früher dargestellt und ist es auch, wie es sich zudem vorteilhaft von den Zuständen in andern Ländern der gleichen Gesellschaftsordnung unterscheidet.

Die studentische Demokratie in sozialistischen Verhältnissen ist also bestenfalls eine Kasernenordnung (d. h. vielleicht eine Kasernenordnung, wie man sie bei uns früher hatte). Und bei uns heisst man sozialistische Verhältnisse als Voraussetzung für studentische Demokratie.

Immerhin ist zu wiederholen, dass der Bericht von «Magyar Hirlap» in der heutigen osteuropäischen Landschaft tatsächlich wegen seiner unverhältnismässig weitgehenden Offenheit auffällt. Denn auch unsere Ansprüche an Transparenz sind relativ.

*

Bei alledem fehlt aber eine Dimension vollständig, die in hiesigen Verhältnissen eine Hauptdimension der behandelten Thematik ist: die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Und sie fehlt nicht etwa deshalb, weil in sozialistischen Verhältnissen kein Anlass dazu bestünde, sondern weil sie unterdrückt und totgeschwiegen wird. Wie unglaublich massiv die geschlossene und totalitäre Gesellschaftsordnung in dieser Hinsicht sogar in Ungarn funktioniert, hat der Fall der Studenten- und Schülerdemonstration vom 15. März in Budapest gezeigt. Der Tag ist eine Art halber nationaler Feiertag, ein schulfreier Tag jedenfalls, zum Gedenken an den Be-

ginn einer Revolution von 1948, die später von Oesterreich mit Hilfe von russischen Truppen niedergeschlagen wurde. Nun, am 15. März 1972 demonstrierten Schüler und Studenten vor dem Denkmal des Dichters Alexander Petöfi, der 1948 im Kampf gegen die russischen Invasionstruppen gefallen ist. Aber davon war ganz einfach nichts zu vernehmen. Bis nicht zufällig eine amerikanische Zeitung («The New York Times») am 12. April einen Bericht darüber brachte, der dann über westliche Sender nach Ungarn gelangte. Und am 16. April kam dann «Nepszabadsag» auch auf das Ereignis zu sprechen, mit einer Polemik gegen die amerikanische Berichterstattung, die sich nur mit den Unruhestiftern befasst habe statt mit dem massgeblichen Verhalten jener jungen Leute, die jenen Tag korrekt begangen hätten, und überhaupt stehe es den Amerikanern angesichts ihres Vietnam-Debakels gut an, sich mit unbedeutenden Ereignissen in Ungarn zu befassen.

Und nebenbei kam «Nepszabadsag» auf das Ereignis zu sprechen, das einen guten Monat lang ein Nichtereignis gewesen war und es ohne «feindliche» Berichterstattung auch geblieben wäre. Man müsse halt zur Kenntnis nehmen, dass es gerade unter der Jugend immer Leute gebe, die um jeden Preis auffallen wollten, die bestimmte Gedenktage nicht richtig zu deuten wüssten und ihre falschen Ansichten noch öffentlich kundtun möchten. Es gelte hier, jene jungen Leute, die Schwierigkeiten hätten, sich richtig zu orientieren, mit Geduld aufzuklären, «von denjenigen aber, die bewusste Störaktionen organisieren, muss sowohl die öffentliche Ordnung als auch die friedliebende Bevölkerung in Schutz genommen werden. Wir sind bereits in der Vergangenheit dieser Aufgabe restlos nachgekommen, und wir werden das auch in Zukunft tun.»

Wie viele solcher Aufgaben sind wohl restlos erfüllt worden, wie viele werden noch restlos erfüllt, ohne dass die in- und ausländische Öffentlichkeit eine Ahnung davon hat? Der Vorfall zeigt jedenfalls unter anderm, wie restlos uninformiert wir sind, wenn wir unsere Berichterstattung nur auf die offiziellen Quellen oder ihnen nahestehende «eingeweihte Kreise» abstellen. Er zeigt, dass es ausgeschlossen ist, zum Informationsapparat des Regimes Vertrauen zu haben. Er zeigt, dass die unabhängige Berichterstattung, die als «kalter Krieg» verschrien wird, zur Aufdeckung der relevanten Tatsachen unerlässlich ist. Er zeigt, dass die westlichen Sender wie Radio Freies Europa die Regimes in den fraglichen Ländern tatsächlich zu Informationen veranlasst, die sie sonst unterschlagen würden.

Vor allem aber wird aus dem Vorfall klar, dass es trotz der «restlosen Erfüllung» der Aufgabe, die Bevölkerung vor Ordnungsstörungen zu schützen, Schüler und Studenten gegeben hat, welche gegen das Regime (und offensichtlich gegen die Nachfahren der russischen Invasionstruppen von 1948) öffentlich Stellung nehmen. Die andern, denen man «die richtige Orientierung mit Geduld» beibringen muss, sind hier noch gar nicht dabei. Aber bei ihrer Behandlung und beim Echo, das sie auszulösen vermögen, liegen die Verhältnisse eben fundamental anders als im Westen. Und das sind die Dinge, die man zur ganzen von «Magyar Hirlap» verdienstlich behandelten Thematik zusätzlich sagen muss.

Christian Brügger